

Die Positionen der luxemburgischen Parteien zur nationalen und europäischen Verteidigungspolitik

Auf den folgenden Seiten finden unsere Leser Stellungnahmen der sechs im Parlament vertretenen Parteien zur Frage der luxemburgischen Verteidigungspolitik und ihres internationalen Umfeldes. Die Texte sind auf unsere Bitte hin entstanden und geben einen guten Überblick über die bestehenden Nuancen und Dissonanzen. Wir drucken die Beiträge in der Reihenfolge ab, wie sie uns zugegangen sind.

Sicherheit weiter denken

Die internationale Sicherheitslage ist in den letzten Jahren komplexer geworden. Prinzipien, die über Jahrzehnte hinweg als Fundament der internationalen Ordnung galten, etwa die Unantastbarkeit nationaler Grenzen oder der Bündnisfall der NATO, wurden in den letzten Jahren wiederholt in Frage gestellt.

Die westliche militärische Allianz sieht sich sowohl internen als auch externen Gefahren und Herausforderungen ausgesetzt.

Populistische und antidemokratische Kräfte haben an Zulauf gewonnen und greifen den Kern der liberalen Demokratien des Westens an. Russland tritt militärisch aggressiver auf und setzt seine Interessen mit militärischen Mitteln durch. Die Besetzung und Annexion ausländischen Staatsgebietes hat unweigerlich zu Spannungen vor allem mit den osteuropäischen Partnern geführt.

Die Interventionspolitik des Westens, angeführt von den USA, Frankreich und Großbritannien, in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, ist in fast allen Fällen gescheitert. Nach den Hoffnungen des Arabischen Frühlings haben fehlende Investitionen in diesen Staaten letztlich dazu geführt, dass die alten Diktaturen von neuen Schreckensregimen abgelöst wurden. Die daraus entstandene Instabilität, der Terrorismus und die Menschen, die davor flüchten und bei uns Schutz suchen, sind direkte Konsequenzen einer Situation, die wir weder als EU, noch als NATO im Griff haben.

Die Sicherheitslage ist geprägt von unterschiedlichsten Interessen unserer Bündnispartner, komplexen Herausforderungen und Sicherheitsrisiken in unserem direkten Umfeld, für die es keine einfachen Lösungen gibt. Es greift daher auch zu kurz, sich auf ein budgetäres Ziel von 2 % des BIP für die Verteidigungsausgaben bis 2020 zu beschränken, um die Lage in den Griff zu bekommen.

Die einseitige Fokussierung auf das Militärbudget als einzig möglichen Beitrag zur kollektiven Sicherheit fasst den Sicherheitsbegriff zu eng. Der Sicherheitsbegriff muss stattdessen weitgefasst werden, um langfristige Lösungen zu bieten: Neben der militärischen Sicherheit gehören dazu die wirtschaftliche Sicherheit nicht vor Hungersnöten fliehen zu müssen, die soziale Sicherheit durch den Verlust der Arbeit nicht vor dem Nichts zu stehen, die gesellschaftliche Sicherheit das eigene Privatleben ohne Angst vor Verfolgung gestalten zu können.

Luxemburg konnte sich auf dem NATO Gipfel in Wales 2014, als das budgetäre Ziel von 2 % des BIP gemeinschaftlich von allen Bündnispartnern beschlossen wurde, einer Erhöhung des eigenen Budgets nicht vollkommen verschließen. Gerade als kleines Land profitiert Luxemburg von der kollektiven Sicherheit des Bündnisses enorm, und aus Gründen der Solidarität muss auch hier Verantwortung übernommen werden.

Daher wurde beschlossen, die eigenen Ausgaben bis 2020 auf 0,6 % des BIP zu erhöhen – einen höheren Beitrag könnte das Land unter den heutigen Voraussetzungen nicht sinnvoll verarbeiten, und der Sicherheit wäre auch nicht gedient, wenn wir das Geld durch sinnlose Projekte verpulvern.

Vor diesem Hintergrund kann auch eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der EU interessant sein. Das Prinzip einer Sicherheits- und Verteidigungsunion macht Sinn, vor allem da die EU, stärker als die NATO, einen ganzheitlichen Ansatz von Sicherheit fördern kann. Dies ist insbesondere bei der Bekämpfung moderner Gefahren, wie der Cyberkriminalität, unausweichlich.

Auch wirtschaftlich spricht viel für eine stärkere Zusammenarbeit. Die momentane Fragmentierung führt zu höheren Kosten durch unnötige Doppelbeschaffungen und beeinträchtigt die Einsatzfähigkeit der Truppen (in der EU existieren 178 verschiedene Waffensysteme, in den USA nur 30). Durch eine stärkere Bündelung der Beschaffungen könnten laut Schätzungen bis zu 30 % der momentanen Kosten eingespart werden.

Allerdings stellen sich beim Aufbau einer solchen Verteidigungsunion auch viele Fragen, die es in den kommenden Monaten noch zu beantworten gilt. Einige der ersten konkreteren Vorschläge sind aus sozialistischer Sicht problematisch. Der Vorschlag etwa, Militärausgaben künftig nicht mehr bei den Maastrichter Stabilitätskriterien zu berücksichtigen, ist ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die jahrelang für eine solche Ausnahme zugunsten der Sozialausgaben gekämpft haben, welche stets abgelehnt wurden.

Doch auch auf nationaler Ebene muss die Ausgabenpolitik überdacht und angepasst werden. Diese litt bisher an einer fehlenden langfristigen Strategie für die luxemburgische Armee. Nach der letzten Armee reform von 2007 wurden zu viele materielle Kapazitäten angeschafft, die jedoch bis heute nicht effizient genutzt werden können, da die strategische Ausrichtung fehlt. Dies soll in Zukunft anders werden.

Die unter dem Impuls von Verteidigungsminister Etienne Schneider und Staatssekretärin Francine Closener ausgearbeiteten Leitlinien der nationalen Verteidigungspolitik liefern erstmals eine langfristige Strategie, an die nun die bestehenden Strukturen angepasst werden – und erst dann wird dafür notwendiges Material angeschafft.

Des Weiteren wird bei der Ausgabenpolitik darauf geachtet, dass sie stets auch einen Nutzen für die luxemburgische Wirtschaft hat, und dass Projekte nach Möglichkeit sowohl einen militärischen, als auch einen zivilen Nutzen haben.

Das erklärte Ziel bleibt es „Eng modern Armée“ zu gestalten. Noch sind wir nicht an diesem Ziel angelangt: weg von einer reinen Landarmee hin zu einem modernen Corps, der sich in der Cyberabwehr auskennt, im Luftraum aktiv wird und dank eines Militärspitals Behandlungen in der Traumatologie anbieten kann.

Dabei muss ein zentraler Grundsatz bleiben, dass die Armee nur im Rahmen von internationalen Missionen mit UN-Mandat eingesetzt wird.

Eine moderne Armee zeichnet sich auch durch eine moderne Rekrutierungsstrategie aus. Die Armee muss nicht nur mehr, sondern vor allem die richtigen Leute rekrutieren: den richtigen Mann für die richtige Stelle – oder die richtige Frau. Denn auch in der Armee gilt: Ein höherer Frauenanteil führt zu einem besseren Arbeitsklima und besseren Resultaten, da auf ein größeres Kontingent an kompetenten Kandidaten zurückgegriffen werden kann.

Dadurch wird die Armee noch inklusiver, und kann ihrer nicht zu unterschätzenden sozialen Rolle besser gerecht werden. Denn die Armee bleibt ein wichtiges Integrationsvehikel, mit 13 % EU-Ausländern, und kann für junge Menschen erste Chancen im Arbeitsleben bieten.

Die luxemburgische Armee war auf Grund ihrer Größe nie in der Lage das nationale Staatsgebiet vor fremden Angriffen zu schützen. Sie war daher stets in militärischen Bündnissen aktiv. Die nationale Verteidigung wird in Luxemburg heute nicht mehr zum Schutz vor territorialen Angriffen gebraucht, sondern vor asymmetrischen Bedrohungen durch Cyber- oder Terrorattacken. Dies kann uns auch in Zukunft nur in Bündnissen gelingen, nicht rein militärischer Natur, sondern einem umfassenden Sicherheitsverständnis folgend. ♦

Positioun iwwer d'Verdeedegungspolitik vun der

Déi europäesch Verdeedegungspolitik verleeft am Sënn vum Lissaboner Vertrag am Kader vun der „Politique de sécurité et de défense commune“ (PSDC) an der EU. Lëtzebuerg schafft an éischter Linn enk mat sengen Noper, an doriwwer eraus mat allen aneren EU-Memberlänner an den NATO-Partnerstaaten.

D'Welt ännert sech permanent, an sou och d'Sécherheetsëmfeld. Um Niveau vun den transatlantesche Relatiounen mat den USA, huet den Donald Trump zënter sengem Untrëtt als neie President méi däitlech wéi seng Virgänger bis elo insistéiert, dass d'Europäer an Zukunft méi zu den Défense Ausgabe bäisteiere mussen. Um Niveau vun de kontinentale Verbündeten, muss elo duerch déi geplangte Sortie vu Groussbritannien aus der EU och déi europäesch Verdeedegungsstrategie iwwerduecht ginn.

Bis dato ass an deem Kontext d'EU mam Prinzip „Pooling & Sharing“ an d'NATO mam Konzept „Smart Defense“ gefuer. D'Ziel ass et, militäresch Kapassitéiten zesummen anzekafen an do anzesetzen, wou se gebraucht ginn. Dës Approche muss och an Zukunft weider ausgebaut ginn. Den europäesche Kontinent brauch e globaalt Konzept mat gemeinsame Wäerter a muss nach méi integrativ zesummeschaffen. Däitschland a Frankräich wäerten hei eng Virreiderroll spillen a Lëtzebuerg däerf hei den Zuch net verpassen.

D'CSV ass der Meenung, dass eng gemeinsam Politique de défense an Zukunft ee vun den Haaptpilier'en vun der EU muss ginn. D'CSV ënnerstëtzt och an deem Kader d'Propose vum Commissiounspräsident Jean-Claude Juncker wat d'Agence européenne de défense ugeet, déi an der Vergaangenheet net ëmmer déi néideg finanziell Moyën'en zur Verfügung hat.

Et soll een an Zukunft vun enger europäescher Defense schwätzen. Déi soll awer keng Konkurrenz zu der NATO sinn, mee komplementär. Et gi jo schon déi sougenannte „Battlegroups“ déi aus Zaldote vu verschiddene Memberstaaten zesummen um Terrain aktiv sinn. D'EU muss sech doriwwer eraus ee Verdeedegungs- a Sécherheitsprofil ginn.

Beim Effort budgétaire plangt d'CSV de Budget vun de „3D“ Prinzipien (*Défense, Diplomatie, Développement*), déi och fir d'CSV weiderhin de Sockel vun der Politique de défense ausmaachen, konstant wuessen ze loossen.

Wat déi national Strategie ugeet, sou huet Lëtzebuerg an der Vergaangenheet seng Missiounen an Engagementer, haaptsächlech mat sengem belschen Noper, respektéiert an dat soll och an Zukunft weider esou goen. Fir d'CSV geet et net duer, just Suen ze ginn, mee eis Zaldote mussen och kënnen un europäesche Missiounen deelhuefen, fir d'Partner dobäi ze ënnerstëtzen. Engagement a Solidaritéit bleiwen d'Stéchwierder.

Fir dësen Aufgaben och an Zukunft kënnen exemplaresch nozegoen, muss eis Arméi modern equipéiert ginn, an sech permanent de Realitéiten um Terrain upassen, sief et den Härebierg, de Feuerpark oder d'Material wat, wéi bis elo ëmmer um héchste Sécherheitsstand muss sinn. Fir d'alleréischt gëllt d'Sécherheet vun eisen Zaldoten. Och dat soziaalt Standbee vun der Arméi muss wéi och an der Vergaangenheet héich gehaalt ginn.

Am Rapport Fischbach vun 2012 stoungen eng Rei Propositionen dran, fir eis Arméi besser op d'Been ze stellen. D'CSV steet nach ëmmer hannert deem Pabeier, wéi zum Beispill d'Verlängerung vum Militärdéngscht. Doduerch steet den Zaldot der Arméi méi laang zur Verfügung. D'Perspektive fir den Zaldot a sengem spéidere Berufsliewe mussen natierlech garantéiert ginn, och an der Privatwirtschaft solle Perspektiven ugebuede ginn, wou hien och säi Militärwësse kéint mobiliséieren.

Et ass der Regierung hier Aufgab, fir d'Arméi attraktiv ze maachen. D'Effort'en déi hei schon vun der virleschter, wéi och vun der aktueller Regierung gemaach gi sinn, si begrëssenswäert, mee droe leider nach net ganz hier Friichten. Méi modern a flexibel Rekrutementsmodelle an der Arméi kéinten och zu der Attraktivitéit bäidroen.

D'Uschafunge fir d'Arméi an d'Défense mussen un en gemeinsamt Konzept gebonne sinn. Op där enger Säit sollen nei Acquisitiounen an Aktivitéiten en „return on invest“ hunn, an op där anerer Säit muss awer och en „return on citizen“ garantéiert ginn, also net nëmme wat der lëtzebuerger Wirtschaft ze gutt kënnt, mee och senge Bierger. ♦

D'Lëtzebuerger Sécherheitspolitik baséiert op senger Aussen-, Verdeedegungs- an Entwécklungspolitik.



Wa Lëtzebuerg haut sengen Nopere vertraue kann, wann Ost- a Westeuropa gëeeneegt sinn a wa ronn 510 Milliounen Europäer zesummen an eng friddlech Zukunft kucken, dann ass dat virun allem de Verdéngscht vum Integratiounsprozess vun der Europäescher Union. Dës Friddensprojet ass därmoossen e Succès, datt besonnesch jénger Generatiounen sech guer net méi kënne virstellen, datt am leschte Joerhonnert nach op d'mannst 60 Milliounen Mënschen hiert Liewen am Zweete Weltkrich verluer hunn.

Mat Europa hunn och d'Missiounen vun der Arméi staark geännert. Si si méi villfälteg ginn a bestinn net méi ausschliisslech doranner, fir di bausescht Grenzen ze verteidegen oder militäresch z'intervenéieren. Et si staark Allianzen entstanden, déi op enger westlecher Wäertvirstellung fousse an déi laangfristeg solle fir Fridden um Kontinent suergen. Dës ass eng Entwécklung, déi d'Demokratesch Partei oui Zweifel begréisst an och an Zukunft wëll ënnerstëtzen.

Den DP-Deputéierten Alexander Krieps hat kierzlech an der Chamber d'Regierung zum Thema „Zukunft vun der Lëtzebuenger Arméi an der NATO“ interpelléiert. Dobäi ass och d'Fro opgeworf ginn, ob e Land ewéi Lëtzebuerg iwwerhaupt eng Arméi bräicht. „Fir d'Demokratesch Partei brauch Lëtzebuerg op alle Fall eng Arméi. Net fir an éischter Linn Kricher ze féieren, mä fir wichteg humanitär a solidaresch Aufgaben z'erfëllen“, esou den DP-Deputéierte Gusty Graas op der Chambertribün. Lëtzebuerg huet nach ëmmer ee grousst Gemeinschaftsdenke gehat an ass bei ville Friddensbündnisser vun Ufank un derbäi gewiescht. Duerfir kann d'Land sech haut ënnert de Prabbeli vu wichtegen internationalen Organisatiounen stellen z. b. ënnert dee vun der NATO.

Fir d'Demokratesch Partei ass d'Zesummenaarbecht mat aneren Demokratien d'Grundlag vun eiser Sécherheetspolitik. An Europa oder soss an der Welt. D'DP wäert d'Regierung duerfir weider an deene Beméiungen ënnerstëtzen.

D'NATO ass, nieft der EU an de Vereenten Natiounen, dee wichtegsten Uspriechpartner an de Kärpunkt vun der transatlantescher Zesummenaarbecht tëschent Europa an Nordamerika. Fir dat Partenariat weider ze stäerken, muss och Lëtzebuerg méi Responsabilitéiten iwwerhuelen. Als vollwäertege Member vun der Völkergemeinschaft sollt Lëtzebuerg sech awer och méi u Friddensmissiounen vun der NATO, vun der EU oder vun de Vereenten Natiounen bedeelegen.

D'Regierung huet sech dofir zum Zil gesat, de Lëtzebuenger Bäitrag fir d'NATO vun 0,4% vum PIB op 0,6% eropzesetzen. Lëtzebuerg brauch eng modern Arméi, déi déi militäresch Erausforderungen vun haut kann ugoen, sief dat heiheem oder am Ausland.

Grad an deene leschte Joren huet ee Verantwortung iwwerholl an ugefaangen a modernt an an nëtzelecht Material z'investéieren. De militäresche Kommunikatiounssatellit GovSat, den AGS-Satellitesystem oder den MRTT-Fliger sinn e puer Beispiller vun de rezenten Efforten, déi d'Regierung an deem Sënn gemaach huet. Fir d'Demokratesch Partei ass et wichteg, datt all dës Investitiounen der NATO eng Valeur ajoutée bréngen, d'Lëtzebuenger Arméi moderniséieren an e positiven a laangfristegen Impakt op eist d'Land hunn. Déi ganz Europäesch Unioun gëtt am NATO-Bündnis ëmmer méi gefuerdert. Besonnesch weinst den Aussoe vum US-Präsident Donald Trump gi vill Froen iwwert déi weider Zesummenaarbecht am Bündnis opgeworf. Duerfir muss d'EU hei méi wéi jee un engem Strang zéien an an Zukunft méi Unitéit weisen.

Ofgesi vun der Fro wéi vill Moeien een investéiert, sollt och gekuckt ginn a wat fir enge Beräicher een investéiert. D'DP huet sech 2013 duerfir ausgeschwat, datt d'Akaafspolitik vun der Arméi sollt vum Rechnungshaff kontrolléiert ginn. Do dernieft sollt een d'Kooperatioun ënnert de Benelux-Länner stäerken, besonnesch wat den Akaf an den Entretien vum Material ugeet. Mir ënnerstëtzen och an Zukunft gemeinsam Projeten am Sënn vun enger strategescher an operationeller Partnerschaft ënnert de Benelux-Länner.

Fir d'Demokratesch Partei berout den nohaltege Fridden um Zesummespill vun enger konsequenter a kohärenter Aussen-, Verdeedungs- an Entwécklungspolitik. Lëtzebuerg an d'Europäesch Union mussen do méi Verantwortung iwwerhuelen, fir déi haiteg Erausforderungen unzegoen. ♦

Gambia, en avant... marche !



Zënter der Ofschafung vum obligatoresche Militärdéngscht 1967 a besonnesch zënter dem Enn vum Kale Krich huet Lëtzebuerg zwar e bescheidenen Bäitrag zur Verdeedegung vun der westlecher Staatgemeinschaft geleeht, vun engem richtegen „effort de défense“ konnt awer ni Rieds goen. Weder d'CSV, nach eng vun de Gambia-Parteien, hu jeemools vill Wäert op eis Eegeverantwortung fir d'Sécherheet vum Land geluegt. Dëst war dee Beräich, wou Lëtzebuerg joerzengtelaang ongenéiert eng Schmarotzerroll op Käschte vun anere Länner gespillt huet.

Den Terrorismus, déi politesch Ambitiounen vun der Europäescher Unioun an d'Fuerderung no enger méi fairer Verdeelung vun de Laaschten an der NATO hunn dësem Zoustand elo en Enn gemaach. Ironescherweis ass et grad eng Lenksregierung – inklusiv Déi Gréng – déi elo den éischte lëtzebuergeschen, militäreschen Effort zënter 50 Joer muss duerchféieren.

D'ADR bekennt sech zur Sécherheet vum Land a senge Bierger. Si begleet dowéinst deen Effort vun der Regierung konstruktiv, awer och kritesch. Fir d'ADR ass d'Sécherheetspolitik e Gesamtkonzept, an deem d'Arméi eng zentral Roll spillt, mee deen nach eng Rei vun anere Beräicher ëmfaasst.

Déi sécherheetsrelevant Gesetzer déi bis elo vu Gambia gestëmmt goufen, erlaben et deene betraffene Verwaltungen leider net, hir Aufgaben effikass genuch ze erfëllen. D'Gesetzer iwwer den HCPN, de SREL, den Terrorismus an der Loft (Renegade) an déi geplangte

Reform vun der Police erfëllen net déi néideg Minimalusprëch fir d'Sécherheet ze verbesseren. D'Reform vun der Arméi, déi elo duerchgefëhrt soll ginn, huet och eng Rei vu Schwächen.

Ufank 2017, an hirer Interpellatioun iwwer d'Arméi an der Chamber, hat d'ADR vill konkret Propositione gemaach. Si begréisst et, datt eng Rei vun dësen Iddien sech elo och an de "Lignes directrices de la défense" erëm fannen, déi d'Regierung viru Kuerzem presentéiert huet.

Um nationale Plang bleift d'Prioritéit vun der ADR déi personell Opstockung vun de Sécherheetsorganer a virun allem vun der Arméi. Mir brauchen an engem Krisefall genuch a gutt ausgebildete Leit. D'Regierung huet dozou kee Konzept, ausser datt si wëll verstärkt op EU-Ausländer zrëckgräifen. D'ADR gesäit dat skeptesch: Fir si ass eng ideell a materiell Opwärtung vum Déngscht an der Arméi dee bessere Wee. Déi jonk Lëtzebuerger sollen nees motivéiert ginn fir en Déngscht fir d'Land ze leeschten. Dozou gehéieren z.B. och méi generéis Reegelen fir d'Zaldoten bei de Staatsverwaltungen. Dozou gehéiert awer och méi Unerkennung fir eis Militär.

Wat d'Material ugeet, ënnerstëtzt d'ADR d'Iddi fir an Domänen ze investéieren, déi technologesch an ekonomesch Perspektiven bidden, oder déi och dem zivile Secteur zegutt kommen. Bedéngung ass awer, datt dee militäreschen an operationelle Charakter vun esou Aktivitéiten ëmmer prioritär an d'Wéinst och kredibel ass.

D'Hoffnung vun der Regierung fir sech iwwer d'Urechnung vun den Dépensen fir d'Entwécklungshëllef oder d'Klimapolitik international vun de Verdeedegungsleeschtungen kënnen "fräizekafen", kann net opgoen. Esou Kontributiounen si virun allem ideologescher Natur a brénge kee reelle Gewinn fir eis Sécherheet. Ween d'Strukturen vum Terrorismus analyséiert, fënnt keng gläwiedeg Äntwert dorop, op wéi eng Manéier eis Entwécklungshëllef oder eis Klimapolitik där Gefor kéinten entgéint trieden. Weder d'Zillänner, nach d'Ziilpopulatiounen, nach d'Methoden oder d'Objektiver sinn op Sécherheitsconsideratiounen ausgeriicht. D'Fro vun der Migratioun muss souwiesou iwwer aner Weeër geregelt ginn.

Déi nei sécherheitspolitesch Ambitiounen vun der EU, ee vun den Ausléiser vun eise Verdeedegungseffort, kann ee prinzipiell begréissen, esou laang si eng méi rationell Approche bei der Beschaffung vu Material an der Harmoniséierung an Interoperabilitéit vu Waffensystemer versprechen. Och verstärkten Ustrengungen an der Fuerschung kann d'EU sënnvoll leeschten.

Awer d'EU huet an deene leschte Joere vill vun hirer politescher Onschold verluer a kann haut net méi op eng indifferenzéiert Manéier a fir all Zäiten zum europäesche Friddensprojet deklaréiert ginn. Wat fréier richteg war, muss een haut hannerfroen. D'EU huet vill Feeler ze veräntwerthen, a Libyen, a Syrien, an hire Relatiounen mat der Tierkei a virun allem och an hirem Verhältnis zu der Ukraine an an hirer onvernëfteger Russlandpolitik.

Doraus entsteet eng direkt Gefor: déi baussépolitesch Ambitiounen vun enger politescher Institution, déi sech wëll iwwer hir Memberstaaten erhiewen, kann eis a Konflikter bréngen, déi mir net wëllen an déi eisen Interessien net entsprechen. Lëtzebuerg däerf d'Wéinst seng Souveränitéit a seng Decisiounsautonomie och a virun allem an der Baussen- a Sécherheitspolitik net opginn. Eng "verstärkten Zesummenaarbecht" tëschent de Memberstaaten an deene Gebitter däerf eis net méi nei Gefore wéi Virdeeler bréngen.

D'EU ass och an dësen Domänen alles anescht wéi transparent oder demokratesch. Déi sougenannte "Global Strategie", déi d'Prinzipie vun hirer Baussen- a Sécherheitspolitik bestëmmt, gouf ouni d'Parlamenten an och laanscht déi diplomatesch Déngschter vun de Memberstaaten vun e puer, wéinege Leit ausgeschafft an dann direkt an den Europäesche Rot bruecht fir si do ofseenen ze loossen. Esou Prozeduren kënnen d'Vertrauen an d'EU net stäerken.

Déi sécherheitspolitesch Dimensioun vun der EU däerf och net dozou féieren, datt Strukturen, déi d'NATO schonn huet, duplizéiert ginn, oder datt d'Scholdekritäre vum Maastricht-Vertrag kënnen ëmgaange ginn.

D'ADR hält et fir wichteg, datt iwwer de BREXIT eraus e staarke sécherheitspolitesche Lien mam Vereenegte Kinnekräich bestoe bleift. Dozou kéint eng erneiert an op Mëtteleuropa erweidert "West"-Europäesch Unioun (WEU) déngen, déi d'Virdeeler vun enger automatescher, militärescher Beistandsklausel am Verdeedegungsfall mat enger parlamentarescher Dimensioun fir d'Kontroll vun der Sécherheitspolitik verbënnt. ♦

Stärke zeigen - Armee abschaffen.

Niemand verpflichtet Luxemburg dazu ein Teil der globalen Aufrüstungs- und Eskalationsspirale zu sein. Die Demilitarisierung Luxemburgs wäre ein ermutigendes Signal.

Es soll mehr Geld in die Verteidigung des Landes fließen. Da weder Grenzen, Staatsgebiet noch die EinwohnerInnen einer direkten Bedrohung von aussen ausgesetzt sind, muss die Frage erlaubt sein: Was soll eigentlich verteidigt werden?

Die Begründungen der für immer mehr Aufrüstung plädierenden Parteien in Luxemburg, also aller im Parlament vertretenen Parteien ausser déi Lénk, drehen sich neben der Bündnispflicht diffus um die Verteidigung "unserer Werte" und "unseres Wohlstands". Wodurch konkret Werte und Wohlstand aktuell oder perspektivisch in Gefahr wären, bleibt unklar, ebenso unklar bleibt, wie diese mit dem Kauf von Kampfhubschraubern verteidigt werden könnten. Schlussendlich ist in den Augen vieler PolitikerInnen und Generäle der Erhalt von Werten und Wohlstand direkt an den Erhalt der aktuellen Weltordnung gekoppelt - in der es eben um eine Verteidigung anstatt um eine Verteilung von Reichtum gehen müsste.

Natürlich würde kaum jemand offen sagen, dass die Aufrüstung der Verteidigung des Reichtums einiger Wenigen dient. Stattdessen werden Sicherheitsfragen zu vitalen Bedrohungen aufgebauscht. Die Verdopplung des Militärbudgets bis 2025 (angestrebt sind 0,85% des PIB) wird mit einer globalen Bedrohung durch Terrorismus begründet. Müsste das geplante Plus dann nicht in Programme fließen, um den Nährboden einer islamistischen Radikalisierung in Luxemburg auszutrocknen? Die entsprechenden präventiven Programme würden einen Bruchteil der über 200 zusätzlichen Millionen pro Jahr kosten. Finanzielle Mittel könnten auch in eine effektivere Überwachung von Waffenhandel und Kapitalflüsse investiert werden - falls diese denn gewünscht wären. Zusätzlich zum sogenannten Kampf gegen den Terror werden die Aufrüstungspläne mit geopolitischen Überlegungen begründet. An prominenter Stelle steht die Konfrontation der NATO mit Russland und im Hinterkopf bleibt das zukünftige Kräftemessen mit China. Betretenes Schweigen gibt es zu der Tatsache, dass an der Spitze der NATO, und somit auch an der Spitze der luxemburgischen Streitkräfte, zur Zeit Donald Trump steht.

Was unter Barack Obama begann, setzt sich mit Nachdruck in der Militärdoktrin Trumps fort: Die Erwartung an die NATO-Mitgliedstaaten die Investitionen in Kriegsgerät und Armee hochzuschrauben. Vertraglich wäre auch Luxemburg zu einem Anteil von 2% des PIBs verpflichtet. Das wären 5% aller staatlichen Ausgaben (Land und Gemeinden) in Luxemburg. Bedenklicher als die budgetären Verpflichtungen erscheint aktuell das Risiko, durch eine wesentlich aggressivere US-amerikanische Aussenpolitik in weitere internationale bewaffnete Konflikte hineingezogen zu werden. Eine Armee für die Friedensnobelpreisträgerin Europäische Union ist da keine Garantie für mehr Selbstständigkeit. Diese würde, gehe es nach den Plänen von Kommissions-Chef Juncker, ein Anhängsel der NATO sein.

Zusammengefasst stellt sich also die Frage, ob sich Luxemburg an einem blinden militärischen Kampf gegen Terrorismus anschliessen und aktiverer Teil von Militärbündnissen sein soll. Muss Luxemburg auch an der globalen Aufrüstungsspirale drehen? Muss Luxemburg Teil von Militärmanövern in Litauen, am Krieg in Afghanistan und an Interventionen im Mali sein, um als kleines Land zu bestehen? Natürlich nicht. Gerade der Verzicht, sich weiter an militärischer Eskalation zu beteiligen, wäre ein starkes und selbstbewusstes Zeichen.

Luxemburg ist ein Land der Diplomatie - oder könnte es zumindest sein. Luxemburg ist ein kleines, internationales Land, vielsprachig und gut vernetzt, ohne schwierige historische Vorbelastung aber als Teil der EU und mit dem Sitz des europäischen Gerichtshofes in einer guten Position. Wieso sollten wir weiter die Rolle des Mitläufers von Kriegstreibern spielen? Wir könnten glaubwürdige und friedenserhaltende VermittlerInnen sein. Um so glaubwürdiger, wenn in Luxemburg Krieg kein Mittel der Politik ist. Dass solche Ideen nicht Teil der Überlegungen einer Regierung sind, der Jean Asselborn und déi Gréng angehören, ist erschreckend.

Die Regierung Bettel-Schneider-Braz schraubt lieber an einer gefährlichen Militärdoktrin mit dem Ziel die zunehmende Militarisierung als normale Entwicklung in der Mitte der Gesellschaft zu verankern. Einerseits sollen mehr junge Menschen rekrutiert werden. Von deren Perspektiv- und Arbeitslosigkeit will die Armee profitieren und wirbt mit Abenteuer und martialischen Bildern. Immer intensiver wird die Anwerbung vorangetrieben, etwa über den direkt am Ettelbrücker Lycée technique angesiedelten Vorbereitungskurs für die Armee, über Infotage für SchülerInnen und Präsenz auf der Studierendenmesse sowie mithilfe eines prominent platzierten Informationsbüros in Luxemburg-Stadt. Andererseits wird jede Rüstungsinvestition mit einer Flut von Beschönigungen bedeckt. Militärisches Material würde hauptsächlich für humanitäre und medizinische Zwecke verwendet und das Geld würde zusätzlich in die luxemburgische Wirtschaft fließen. Dass die Alternativen jeweils direkte Investitionen z. B. in wirklich humanitäre Projekte wären, wird verschwiegen.

Stilecht überlässt LSAP-Verteidigungsminister Etienne Schneider dann auch die Ausarbeitung der Armee-Strategie der Auditfirma PWC. Dass PWC zeitgleich auch Rüstungskonzerne berät und den Kunden seiner „Aerospace and Defence“-Sparte verspricht, Trends

der Kriegsführung vorauszusagen, damit diese Chancen auf dem Rüstungsmarkt sowie die Entwicklungen der Sicherheitslage frühzeitig gewinnbringend auszunutzen, wird offensichtlich als unbedenklich erachtet.

Es gibt eine Alternative. Déi Lénk wollen eine Demilitarisierung Luxemburgs und die Umwandlung der Armee in ein technisches Hilfswerk. Die luxemburgische Politik sollte aufhören in Rüstung zu investieren und auch die über Luxemburg betätigten Spekulationen und Geschäfte mit Rüstung einschränken. Eine solche Vorgehensweise wäre ein ermutigendes Signal. ♦

“Frieden schaffen ohne Waffen” nach ëmmer richtig



D'Lëtzebuerger gréng Partei huet, wéi di meescht europäesch gréng Parteien aus den 80er Joren, och Wuerzelen an der Friddensbewegung. An och wann sech zanter den 80er Jore villen an der Welt verännert huet, bleiwen eng Rei vun eisen Aussoen haut grad esou pertinent wéi deemools. „Feindbiller opbauen, dat déngt dem Krich“ oder „Frieden schaffen ohne Waffen“ waren d'Sloganë vun den 80er Joren an se sinn nach ëmmer richtig, och 16 Joer no den Attentater vum 11. September.

déi gréng sinn der Meenung, datt d'Preventionunspolitik net dierf zugonschte vun enger militärescher Verdeedegungspolitik vernoléisst ginn. Eréischt wann d'Preventionunsmoossnamen ausgeschöppt sinn, a massiv Gewalt géint d'Zivilbevölkerung ausgeübt gëtt oder kuerz virdru steet ausgeübt ze ginn, da kann aus eiser Siicht d'Asetze vun internationale militäresche Verbänn noutwendeg ginn. Viraussetzung dofir ass e Mandat vun der UNO.

Konfliktvermeidung geet wäit iwwert de militäresche Volet eraus. Arméi an Défense dierfe just Deelaspekter vun enger nationaler an internationaler Sécherheetspolitik sinn. Konfliktléisungen hunn ëmmer och eng sozial, eng wirtschaftlech an eng ekologesch Dimensioun. Och de Klimawandel ass e Sécherheitsrisiko. Ressourceknappheet, Sträit ëm Waasserreserven oder anere Liewensgrondlagen, wuessend Flüchtlings- a Migratiounsbewegungen, asw. wäerten lokal, regional an international ëmmer méi Konflikter auslösen oder verschäerfen.

Méi Suë fir d'Arméi, mee nach méi fir d'Kooperatioun

Mir müssen also méiglechst fréizäiteg Moossnamen zur Vermeidung, Upassung a Stabiliséierung vun de betraffene Regionnen a Länner ustoussen. Et sinn dës Missiounen um Terrain wou d'Besoinen an Zukunft sécher wäerte klammen a fir e klengen Deel vun dëse Missiounen wäert ee sécherlech och müssen op militäresche Mëttelen zeréckgräifen.

Fir déi gréng ass et wichteg a richtig, datt de Lëtzebuerger Budget vun der Kooperatiounshëllef méi héich ass, wéi de Budget vun der Arméi, an datt Lëtzebuerg vun allen NATO Memberen am mannste fir Defense ausgëtt. 2016 waren et 225 Mio. Euro fir Defense, mee iwwer 350 Mio. fir d'Kooperatiounshëllef.

D'NATO Guideline fir national Defense-Ausgabe vun 2% vum BIP ass e falsche Wee. Ëmmer méi Waffe bréngen net ëmmer méi Sécherheet. Deen entscheidende Punkt ass net fir méi Suen auszeginn, mee fir se méiglechst sënnavoll auszeginn. Dofir bleift Erhéijung vum Lëtzebuerger Verdeedegungsbudget, vun 0,4% op 0,6% vum PIB bis 2020, och wäit ewech vun den 2% an ass fir eis prinzipiell sënnavoll.

Bei der Prioritéitesetzung vun der Regierung mat den neie «Lignes directrices de la défense 2025+» an d'Beräicher Präventioun, Fridenssécherung, Observatioun, Kommunikatioun, Medezin a Krisegestioun, resp. Opbauhëllef am Katastrophefall, geet et net ëm Waffentechnik, och net bei den Drohnen oder den Helikopteren.

Eng Arméi fir d'In- an d'Ausland

Nieft den internationale Verflüchtungen dierfe mir déi inlännesch Missiounen net vernoléisseg. Zum Sécherheitsvolet gehéiere fir eis och d'Asätz bei Katastrophefäll, wéi z. B. d'läscht Joer beim Héichwaasser hei am Land. Eis Arméi muss esou opgestallt sinn a ginn, datt se engersäits bei Asätz um aneren Enn vum Kontinent duerch hightech Satelliten-Kommunikatioun, Waasseropbereedung, Beobachtung & Opklärung oder zukünfteg medezinesch Hëllef, een efficace Bäitrag fir déi jeeweileg UN, NATO oder EU-Missiounen ka leeschten. Anerersäits muss se awer och zu Lëtzebuerg selwer bei Naturkatastrophe kenne mat hirem eegene Material, mat der noutwenneger Fachkompetenz a mat Muskelasaz den anere Rettungs- an Ordnungsservicer hëllefen.

Och bei Attentater, respektiv enger héijer Vigilnat-Stuf wäerte mir net derlaanscht kommen, fir nieft der Police och d'Arméi am Land anzesetzen. Gläichzäiteg hu mir awer och e chronesche Personalmangel bei Arméi a Police. En Deel vum Problem kënnt wuel dohier,

datt mir am Dag zwar zu 800 000 hei liewen a schaffen, mee datt sech vill Beruffer vu Police an Arméi just kënnen aus engem Pool vun 250 000 Leit rekrutéieren. Gläichzäiteg musse mir awer och d'Attraktivitéit vun de Carrière bei der Arméi an d'Berufsperspektiven no der Arméi verbessern, an och dëse Chantier gouf an den neien *Lignes directrices* net vergiess.

Mam BREXIT zur EU-Arméi ?

D'Vue vun enger Arméi als Ausdrock vun der nationaler Souveränitéit ass an Zäite vun der EU an eisen Aen obsoleet. Trotzdeem huet d'EU keng Ambitioun fir eng militäresch Groussmuecht ze ginn, an dat ass och gutt esou. Mir brauchen awer och an der Défense, genee wéi a villen anere Beräicher, méi Europa an net manner Europa. Eng gemeinsam EU Verdeedegungspolitik kann effikass sinn, ouni méi deier ze ginn. D'EU Kommissioun geet nämlech vu 25 bis 100 Milliarden Euro Spuerpotential aus! Stéchwierder heesche fir déi gréng deemno Zesummenaarbecht, Rollenopdeeling a quantitativ Ofrëschtung, souwuel wat d'EU-28 Waffenarsenal wéi och d'Zaldotenzuel ugeet.

Wéinst der Abannung vun den europäesche Staaten an der NATO wäert de Brexit kuerzfristeg keng gréisser Auswierkungen op eis Defense hunn. Mir wäerten nom BREXIT sécher aner Perspektive fir déi "Gemeinsam Sécherheets- a Verdeedegungspolitik" kréien, mee mir ginn awer net dovunner aus, datt dee Moment eng europäesch Arméi méi gräifbar géif.

Och zu 27 bleiwen d'Differenzen nach ëmmer grouss. Mir sollten an Europa un dësen Differenze schaffen a fir t'éischt mol weiderhin un enger méi gemeinsamer Aussepolitik schaffen. Eréischt dono kann och eng gemeinsam Verdeedegungspolitik sënnvoll definéiert an ëmgesat ginn. Fir déi gréng misst dobäi och méi e staarke Fokus op déi zivil Instrumenter a Fäegkeete vun der EU Sécherheetspolitik geluecht ginn. Och hei misst d'Prioritéit der Preventioun gëllen, mee déi rezent Propose vun der Kommissioun Juncker, mat e. a engem EU Verdeedegungsfong, ginn éischter an eng aner Richtung. ♦

Zum Weiterlesen auf www.forum.lu

Sicherheit im öffentlichen Raum	Nr. 213 / Februar 2002
Krieg als Option	Nr. 243 / Februar 2005
Putsch 1946	Nr. 251 / November 2005
Neutralität	Nr. 257 / Juni 2006
Strategie der Spannung	Nr. 317 / April 2012